

Pankow tarnt neue Rekrutierungen

Auffallend viele sowjetische Ausbilder — Es kam doch heraus

Seit Ende August werden überall in der Zone, die Ausbildungslager der „Gesellschaft für Sport und Technik“ von Offizieren der Kasernierten Volkspolizei „ausgekämmt“. 90 Prozent der allmählich durch diese Lager gehenden Jugendlichen ziehen anschließend — oft ohne Zwischenurlaub — die olivfarbenen Uniformen der KVP-Divisionen an. In den Bezirken Neubrandenburg, Erfurt und Dresden wurden neue Abteilungen in Divisionsstärke aufgestellt. Sie unterscheiden sich von den bisherigen Einheiten durch eine auffallend starke Beteiligung sowjetischer Ausbilder und wesentlich stärkere Bewaffnung. Ihre Aufstellung wird von den KVP-Heeresgruppen in raffinierter Weise getarnt.

Man kam hinter diese Maßnahmen, als plötzlich verschiedene kleinere Garnisonen der kasernierten Volkspolizei aufgelöst wurden und der Bevölkerung erzählt wurde, die betreffenden Einheiten kehrten ins Zivilleben zurück. Da sich jedoch weitgehend Kontakte mit einzelnen Soldaten angebahnt hatten, erfuhren die Anwohner, daß die Truppen lediglich in eine genau entgegengesetzte Gegend der Zone verschickt wurden. Man verfolgte diese Manöver und stellte fest:

Bereits während des Transports wurden die Einheiten aufgeteilt und für verschiedene Garnisonen bestimmt. Dort stellte man sie bei der Ankunft als vorübergehend zur Ausbildung weilende Truppen eines benachbarten Standorts vor. Einmal einquartiert, blieben die Einheiten natürlich da und fielen, wie man hoffte, nicht weiter auf.

In die ursprünglich aufgelöste Garnison aber rückten nach kurzer Zeit neue Rekruten, eben jene aus den GST-Lagern geholten 18- bis 20jährigen, ein.

Nach dem Fehlschlag der zahlreichen Werbekampagnen ist die kasernierte Volkspolizei in Zusammenarbeit mit der SED zu rigorosen Methoden über-

gegangen. Oberschülern, die selbst wenn man ihnen die Offizierslaufbahn anbietet, den Waffendienst verweigern, wird ein Studium rundweg abgelehnt. Ein weitverzweigtes Berichts- und Karteisystem sorgt dafür, daß der Betreffende keine angemessene Berufsausbildung erhalten kann. Man geht so weit, daß die Entscheidung, ob der Schüler zur KVP geht oder nicht, bereits vor der Abschlußprüfung verlangt wird und das Prüfungsergebnis maßgeblich beeinflussen kann.

In Großbetrieben werden Jugendliche unter dem Vorwand, man wolle sie auf Ingenieurschulen schicken, zu den FDJ- und Parteileitungen bestellt. Man läßt sie ihre Arbeitsverhältnisse formgerecht kündigen, um ihnen dann zu eröffnen, die vorgesehenen Studienplätze hätten nicht gereicht. Man werde sie jedoch für die Ingenieuroffiziers-Laubbahn der KVP übernehmen.

Abgesehen von diesem Betrug hat kaum einer der Jugendlichen die Chance, die Offiziers- oder gar Ingenieuoffiziers-Laubbahn einzuschlagen. Sie werden unter dem Vorwand, erst einmal die Praxis zu studieren, die neuen Artilleristen und Pioniere der in großer Umstellung begriffenen KVP.

Es sind Anzeichen vorhanden, daß die kasernierte Volkspolizei eine neue „Heeresgruppe Mitte“ im Raum Potsdam-Brandenburg aufstellen will.

Viele dieser Raum benachbarte Einheiten erhielten in den letzten Wochen umfangreiche Waffentransporte, die sie selbst gar nicht verwenden können. Die Waffen und Geräte stehen meist in stark bewachten Abstell-Lagern. Die Ansicht, daß es sich um die Aufstellung einer weiteren Heeresgruppe handelt, wird dadurch bestärkt, daß sich zahlreiche von Kriegsschulden der Sowjetunion zurückgekehrte Offiziere in Potsdam und Ostberlin als „z.b.v.“ in Wartestellung befinden.

Zahlenmäßig mag die KVP seit Ende Juli um etwa 20 000 Mann angewachsen sein. Das beschleunigte Tempo weist darauf hin, daß sie ihren Personalbestand tatsächlich innerhalb eines Jahres verdoppeln will.

Die anfangs ins Hintertreffen geratene „Luftpolizei“ ist zwischenzu einer handfesten kleinen Luftwaffe angewachsen. In der Sowjetzone fliegen bereits MIG-Düsensjäger und deutsche Wehrmachtsmaschinen mit KVP-Besatzungen. Der KVP wurden insgesamt 7 Flugplätze allein seit Mitte Juli von den Sowjets übergeben.

Wenn diese Dinge von Pankow beharrlich verschwiegen und zuweilen sogar dementiert werden, dann lediglich mit Rücksicht auf die kommunistische Kampagne gegen einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag, der erst durch jene sowjetonale Schattenarmee auf die Tagesordnung der europäischen Politik gekommen ist.

Bevor die Würfel fallen . . .

Es hat selten eine im diplomatischen Geschehen so dynamische Woche gegeben wie die vergangene, in der zu spüren war, daß wirklich wichtige und vielleicht dramatische Entscheidungen auf uns zukommen. Die Europa-Reise Edens nach Brüssel, Bonn, Rom und Paris, der Blitzbesuch des amerikanischen Außenministers in Bonn und London, wo seine eigenen Anschatungen mit den Ergebnissen der Eden-Reise im Beisein Churchills konfrontiert wurden, — das alles zeigt, daß wir im Ablauf einer großen politischen Handlung stehen, deren Ausgang noch völlig ungewiß ist.

Wir wissen heute, daß eine volle Einigung der Westmächte über die Probleme, die nach dem Scheitern der EVG akut geworden sind, noch nicht erzielt worden ist. Es gibt wahrscheinlich eine Übereinstimmung in der grundsätzlichen Betrachtung, aber noch nicht über die praktische Verwirklichung. Man kann nur hoffen, daß auf der für Ende September vorgesehenen Konferenz das noch fehlende Einvernehmen erzielt werden wird. Das wird sehr schwierig sein, und es wird vor und während dieser Konferenz ganz sicher noch neue Anstrengungen Moskaus geben, um die französische Entscheidung noch mehr zu erschweren.

Die letzten Versuche

Es ist heute noch keineswegs sicher, ob Mendès-France der praktischen Verwirklichung gemeinsamer Beschlüsse der Westmächte (falls sie zustande kommen sollten), also dem Handeln, nicht doch noch eine Vierer-Konferenz vorangetrieben lassen möchte, um nochmals den „letzten Versuch“ zu machen. Das würde wiederum die uferlose Verzögerung notwendiger Entscheidungen und zugleich den weiteren Einsatz sowjetischer Lockungen und Drohungen bedeuten, der dann wieder zu einem neuen „letzten Versuch“ verführen könnte. Die einzige sinnvolle Tat, nämlich die, wenigstens die europäischen und deutschen Tatsachen zu verän-

dern, wenn Moskau seine eigene Haltung nicht zu verändern vermag, würde auf diese Weise immer weiter verschoben.

Das ist ein Weg, den die Partner Frankreichs nicht mitgehen können. Niemand von ihnen will Frankreich isolieren — das will nur Moskau. Gerade auch von der deutschen Presse war nach dem Scheitern der EVG fast einmütig der Standpunkt vertreten worden, — den man übrigens in Paris nicht übersehen sollte — daß neue Lösungen nur mit Frankreich gesucht werden sollten. Andererseits aber hat von den Partnern Frankreichs niemand noch die Neigung, bei einem neuen französischen Nein das man dann ein „Njet“ nennen müßte, auf die Erfüllung unbestreitbarer Notwendigkeiten zu verzichten, oder diese Erfüllung erneut einer jahrelangen Verzögerung auszusetzen.

Es geht hier keineswegs nur um deutsche, sondern auch um europäische Lebensinteressen, und es geht um die Beendigung der europäischen Krise, die um die gemeinsame Wahrung dieser Interessen ausgebrochen ist. Diese Krise schwelte seit Jahren in der Unfähigkeit Frankreichs, zu der ihm gestellten Frage ein klares Nein oder Ja

zu sagen. Sie kam mit dem Nein zum offenen Ausbruch. Heute ist sie noch heilbar; morgen wird sie, sich selbst steigernd, zwar nicht zu einem Zusammenbruch, aber zu dem von Moskau erstrebten Auseinanderbruch Europas führen, wenn Frankreich sich zum zweiten Male einer Lösung versagt, die seine Partner anzunehmen bereit sind. Dann gibt es nämlich keine Alternative mehr, die von allen gemeinsam verwirklicht werden könnte, sondern es gibt nur noch die Pflicht, das Notwendige auch ohne Frankreich zu tun. Das wäre erst die wirkliche europäische Krise,

Nicht lange Zeit

Es hat gegenüber Paris wieder an realistischen Warnungen noch an pathetischen Beschwörungen gefehlt. Beides kam noch gestern in Straßburg aus dem bereit Mund des belgischen Außenministers Spaak, der ein Freund Frankreichs ist. Es bleibt, bevor die Würfel fallen, auch für Mendès-France nicht mehr lange Zeit, zu überlegen, zu rechnen und zu prüfen, was das französische Interesse wirklich fordert und Frankreich zugleich der freien Welt schuldet . . .

IG Metall stimmt für Europa

Hannover (AP). Der dritte Gewerkschaftstag der IG Metall hat in Hannover in einer Entschließung den Zusammenschluß der europäischen Völker zu einem großen europäischen Wirtschaftsgebiet gefordert und gleichzeitig ein Bekenntnis zur Montanunion abgelegt.

Infiltration nicht gelungen

Flensburg (DPA). Wegen Rädeßführerschaft in einer illegalen Organisation, Staatsgefährdung und Geheimbündelei verurteilte die Erste Große Strafkammer des Landgerichts Flensburg den 24 Jahre alten Schuhmacher Karl Syben aus Kiel zu sieben Monaten Gefängnis.

Nach einem bei dem Verurteilten gefundenen acht Seiten langen geheimen Arbeits- und Organisationsplan der verbotenen kommunistischen FDJ konzentriert sich die illegale FDJ-Arbeit in Schleswig-Holstein besonders auf die Infiltration der

Gewerkschaften. Aus dem Protokoll der elften Bundesversammlung der KPD geht allerdringlich hervor, daß die kommunistische Beeinflussung der Gewerkschaftsjugend als „nicht gelungen“ betrachtet wird.

Antwort an die SED

Berlin (DPA). Auf die fortwährend von der SED gestellten Anträge auf Abhaltung von Wahlversammlungen in Berlin-Kreuzberg hat der Kreuzberger Bürgermeister Willi Kressmann in einem Brief an das Sekretariat der SED geantwortet. In dem Brief heißt es: „Wir bringen Ihnen nochmals zur Kenntnis, daß die Kreuzberger Bevölkerung und Verwaltung nicht gewillt sind, öffentliche Versammlungen Ihrer Partei zu dulden, solange uns freien und demokratischen Bürgern nicht das Recht der Rede und der Versammlungsfreiheit im sowjetisch besetzten Gebiet eingeräumt wird.“

Neunmächtekonferenz am 28. September

Deutsche Wiederbewaffnung im Mittelpunkt internationaler Politik

Berlin (DPA/AP/Eigenmeldung). Die Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands und seiner Einbeziehung in ein vereinigtes Europa ist weiterhin Hauptthema der internationalen Politik. Nach dem Scheitern der EVG bemühen sich die Westmächte mit allen Mitteln, eine gleichwertige Lösung zu finden, und es liegen nunmehr von amerikanischer, britischer und französischer Seite Vorschläge vor, die Diskussionsgrundlage der von London angeregten und für den 28. September festgesetzten Neunmächtekonferenz sein werden.

An dieser Londoner Konferenz nehmen Frankreich, England, die USA, Kanada, Belgien, Luxemburg, Holland, Italien und die Bundesrepublik teil. Man will versuchen, hier eine einheitliche westliche Linie zu finden. Die Sowjets haben ihr Ziel, vor einer solchen Konferenz eine Viererkonferenz mit Moskau durchzusetzen, nicht erreicht.

Der britische Vorschlag

Auf einer Blitzreise durch die europäischen Hauptstädte hatte der britische Außenminister Eden als erster einen Plan vorgelegt: Einbeziehung Deutschlands in den Brüsseler Pakt von 1948, der nicht nur die Frage der europäischen Verteidigung, sondern auch des Zusammenschlusses Europas umfaßt. Anschließend soll Deutschland in den Nordatlantikpakt aufgenommen werden. Die Resonanz auf diesen Plan war so gut, daß die Londoner Neunmächtekonferenz einberufen werden konnte.

Volle Gleichberechtigung

Eine Blitzreise nach Bonn und London machte US-Außenminister Dulles. Washington drängt vor allem darauf, der Bundesrepublik so schnell wie möglich die Souveränität zu geben und befürwortet in erster Linie die direkte Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Nordatlantikpakt.

Aus dem Kommuniqué, das nach Dulles' Besprechung mit Premierminister Churchill und Außenminister Eden in London herausgegeben wurde, geht hervor, daß die USA und Großbritannien beschlossen haben, sich mit Nachdruck für die Aufnahme der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem auf der Grundlage der „vollen Gleichberechtigung“ einzusetzen.

Die Worte „volle Gleichberechtigung“ lassen nach Ansicht Londoner politischer Kreise darauf schließen, daß sich die USA und Großbritannien über die Aufnahme Deutschlands in die NATO einig sind. Die weiteren Punkte des britisch-amerikanischen Planes sind:

1. Das Besatzungsstatut wird durch eine Erklärung der Westmächte abgeschafft.

2. Zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten werden neue Verträge geschlossen über ihre Beziehungen zueinander, den Status der in Deutschland stationierten alliierten Truppen, über die Rechte der Alliierten in Berlin und über die Vorbehalte in Fragen der Wiedervereinigung, bei denen die Alliierten an Viermächte-Vereinbarungen gebunden sind.

3. Aufnahme Deutschlands in die NATO unter gewissen Kontrollen.

4. Aufnahme Deutschlands, Italiens und möglicherweise

Dänemarks und Norwegens in den Brüsseler Pakt.

Wie in London weiter bekannt wurde, haben Eden und Dulles auch die Maßnahmen erörtert, die die beiden Länder ergreifen sollen, falls das französische Parlament die westlichen Pläne für eine Wiederbewaffnung Deutschlands zum zweiten Male ablehnt. Amtliche Kreise erklärten, ein direktes Militärbündnis zwischen den USA, Großbritannien und Deutschland wäre dann möglicherweise ein Weg.

Frankreichs Plan

Schließlich hat Frankreichs Ministerpräsident Mendès-France einen Plan vorgelegt, dessen Hauptpunkte lauten:

Abschluß eines westeuropäischen Sicherheitspaktes unter Einschluß Großbritanniens und weiterer europäischer Staaten über den Rahmen der sechs EVG-Länder hinaus auf der Basis des Brüsseler Vertrages.

Volle Gleichberechtigung der Bundesrepublik.

Jährliche Festlegung der Stärke und Art der Streitkräfte jedes Mitgliedes und Kontrolle der Rüstung durch einen zentralen Rat der Paktmächte, der jedoch keine supranationalen Befugnisse haben soll.

Die Verteidigungsorganisation soll der NATO unterstehen.

Starke US-Flotte im Pazifik

Washington (DPA). Die USA haben im Pazifik 15 Flugzeugträger, 10 Kreuzer, 125 Zerstörer und 60 U-Boote für den Fall „etwaiger kritischer Entwicklungen“ zusammengezogen. Ein großer Teil dieser Flotte soll bereit sein, die 7. US-Flotte, die Formosa schützt, zu unterstützen.

Rotchinas Sündenregister

New York (AP/DPA). Zwei Tage vor Beginn der UN-Vollversammlung veröffentlichte der amerikanische UN-Chefdelegierte Lodge eine Erklärung, in der Rotchina beschuldigt wird, in den letzten vier Jahren wenigstens 39 „Piraten-Übergriffe“ auf ausländische Schiffe und Flug-

zeuge geführt zu haben. China habe sich damit eines „ständigen aggressiven Drucks auf die freie Welt“ schuldig gemacht.

MIG 15 nicht gefragt

Helsinki (DPA). Die finnische Regierung hat ein sowjetisches Angebot auf mehrere Düsengäger vom Typ MIG-15 abgelehnt.

Wie die Stockholmer Zeitung „Syntek Dagbladet“ meldet, wurden vor einiger Zeit von der finnischen Regierung drei britische Düsengäger angeschafft. Daraufhin erbot sich die Sowjetunion, Finnland drei MIG-Jäger zu vorteilhaften Bedingungen zu liefern und außerdem Luftwaffeninstitute zu stellen.

75000 km Straße werden ausgebaut

Köln (DPA). In einem vom Bundesverkehrsministerium aufgestellten Zehnjahres-Programm für den Straßenbau ist geplant, mit einer Gesamtsumme von etwa 23 Milliarden DM rund 75 000 Kilometer Straßen aller Kategorien verkehrsgerecht auszubauen. Dies erklärte Bundesverkehrsminister Seeböhm auf einer Straßenbautagung in Köln.

Seeböhm rechnet damit, daß bereits im kommenden Frühjahr mit dem Hauptprogramm begonnen werden kann.

In 35 Stunden nach USA

Das Turbinen-Gleitschiff kommt

Bonn (dtd). — Amerikanische und deutsche Schiffbau-Ingenieure sind seit Monaten damit beschäftigt, Modelle von Ozean-Schnellschiffen zu erproben, die als turbinengetriebene Gleitschiffe den Nordatlantik in 30 bis 40 Stunden überqueren sollen. So erreichte ein derartiges Versuchsschiff auf der Unterelbe vor einiger Zeit eine Stundengeschwindigkeit von über hundert Kilometer. Es ist nach ganz neuen Erkenntnissen der Schiffbautechnik gebaut.

Der Schiffskörper ist aus Aluminium und hebt sich als „Gleitboot“ mit der vorderen Hälfte aus dem Wasser empor. Hierausziehbare Schwimmer erhalten das Schiff bei großer Reisegeschwindigkeit im Gleichgewicht. Die Schiffsschrauben werden durch den Überwasser-Düsenantrieb von zwei bis vier Motoren mit stärkster Rückstoßwirkung ersetzt.

Die kommenden Ozean-Renner werden stromlinienverkleidet und nach dem neuesten Stand der Schiffbautechnik durchkonstruiert sein. Der Brennstoffverbrauch hält sich bei den Versuchsfahrten mit leichten Booten in mäßigen Grenzen und dürfte auch bei den projektierten 5000- bis 10 000-Tonnen-Schnellschiffen kaum allzu groß sein.

Bei einer Überquerung des Nordatlantik in etwa 35 Stunden könnten die Passagiere natürlich auf einen Teil der Bequemlichkeiten der heutigen Passagierdampfer verzichten. So auf Deckspromenaden im Freien, Bäder, Tanzäle und Bars. Die Decks werden bei der enormen Geschwindigkeit der Schnellschiffe durchweg verglast sein.

Keine Antwort an Pankow

Koenen fuhr umsonst — Erst freie Wahlen

Bonn (DPA). Eine neue Auflösung der sowjetzonalen Volkskammer an den Bundestag, gemeinsame Beratungen abzuhalten, wird nicht beantwortet werden. Dies wurde in Bonn mitgeteilt. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß in dem Volkskammerbrief die Forderung des Bundestages nach freien gesamtdeutschen Wahlen mit keinem Wort erwähnt werde. Zur Übermittlung des Briefes war der Leiter des

Volkskammer-Sekretariats, Wilhelm Koenen (SED), nach Bonn entsandt worden.

207 000 Schicksale ungeklärt

Genf (AP). Nach den der UN-Kriegsgefangenen-Kommission vorliegenden Berichten der einzelnen Regierungen ist das Schicksal von etwa 97 000 Deutschen, 46 000 Japanern und 1000 Spaniern, die während des letzten Krieges in sowjetische und chinesische Kriegsgefangenschaft gerieten, noch immer ungeklärt. Darüber hinaus fehlt von 63 000 Italienern, die an der Ostfront kämpften, jede Spur.

Nuschke-Parteitag mit Hindernissen

Berlin (Eigenmeldung). Die Führungsclique der Sowjetzonen-CDU hatte es schwer, für ihren sogenannten Parteitag vom 21. 9. bis 25. 9. in Weimar genügend Delegierte zu finden. Die innerparteilichen Wahlen hierzu konnten nur sehr schleppend in den unteren Einheiten durchgeführt werden. Der größte Teil der kleineren und vor allem ehrenamtlichen Funktionäre war nicht mehr bereit sich wählen, d. h. bestimmen zu lassen.

Nach Angaben von Otto Nuschke sind etwa 60 Gäste aus der Bundesrepublik eingeladen worden. Eine endgültige Zusage zur Teilnahme an dem Parteitag von Dr. Heinemann lag zum größten Ärger der Parteileitung bis zum Beginn der Tagung nicht vor.

Motorroller mit „denkendem Getriebe“

Düsseldorf (Eigenmeldung). „Hobby“ heißt ein Motorroller, der in Westdeutschland in Kürze auf den Markt kommen wird. Er verfügt über einen 75-ccm-Einzylinder - Zweitakt - Motor. Neuartig ist das erstmalig seriennäßig im Zweiradbau verwandte vollautomatische und stufenlose Getriebe. Eine Bewegung des Gasdrehgriffes genügt, und das „denkende Getriebe“ des Rollers wählt die jeweils richtige Übersetzung. Dadurch

wird „jetzt auch während der Fahrt das Kuppeln überflüssig. „Hobby“ wiegt ganze 70 kg und soll etwa 850 DM kosten.“

Neben Motorrad und Roller ist das Moped schon seit langem zum „dritten Stand“ unter den Zweirädern geworden. 34 Firmen stellen gegenwärtig rund 60 verschiedene Typen her. Die Preise bewegen sich zwischen 398 und 595 DM — durchschnittlich also um 500 DM. „1 PS für 500 DM“ heißt die Lösung von Hunderttausenden.

Krim-Trips und Karlovy-Parties

Familie Staatssekretär aus Pankow verreist - Vier Wochen Balaklawa für 4500 Rubel

Jeden zweiten Morgen um 6.15 Uhr startet eine zweimotorige Sowjetmaschine vom Flugplatz Schönefeld nach Sewastopol. Sie trägt ein halbes Dutzend Staats- und Partefunktionäre mit ihren Familien zum Erholungstourismus an die Krim. Rund 60 andere fahren zweimal wöchentlich mit dem Schnelltriebwagen vom Ostbahnhof nach Prag. In Karlovy Vary, dem alten Karlsbad, dürfen sie durchschnittlich 2000 Rubel ausgeben, die ihnen das sowjetzionale Finanzministerium bewilligen muß. „Krim-Trips“ und „Karlovy-Parties“ nennen die SED-Privilegierten diese Fahrten. Und sind jedes Jahr aufs neue froh, wenn das „Internationale Büro“ des Zentralkomitees sie auf die „Außenurlaubs“-Karte setzt.

Ausgesucht werden die „Devisenschucker“, wie man die prominenten Reisenden im Finanzministerium mißgünstig nennt, vom ZK der SED. Hier wird auch entschieden, wer an die Krim darf und wer sich mit Karlsbad begnügen muß. In Balaklawa, Alupka und Sadak landen dann meist die Minister und Staatssekretäre, während Hauptabteilungsleitern, Nationalpreisträgern und den obligatorischen vier Prozent „werktaätigen Vertretern“ die Acht-Stunden-Fahrt im Prager Schnelltriebwagen vorbehalten bleibt. Die großen sowjetischen Funktionärsbäder waren bisher nur Pieck und Ulbricht zugänglich. Die Kaste der Moskauer Regierungsbeamten achtet streng auf ihr Privileg.

Ein vierwöchiger Urlaub für eine Staatssekretärfamilie kostete in Balaklawa im Juni 1954 ganze 4500 Rubel. Die beiden für ausländische Besucher reservierten Hotels sind ehemaliger Zarenbesitz. Den Gästen wird vom Sowjetwirt jedes Schuhputzen und jeder Weckauftrag in Rubel angekreidet. Besteht die Gefahr, daß der Gast sein Konto überzieht, bremst die Hotelverwaltung: „Etwas einschränken, Genosse, bitte sehr!“

Kleines Politkonto

Der Grund, der neben den landschaftlichen Reizen manchen sowjetzonalen Regierungs- und Partefunktionär in die Krim-Gegend zieht: Beamte der Deutschland-Abteilung des Moskauer Außenministeriums besuchen die sowjetzonalen Gäste, lassen sich außerhalb der üblichen Informationswege von Vertretern der SED-Regierung über die Lage unterrichten. Mancher der Betroffenden hofft, sich dadurch ein kleines Polit-

konto in Moskau anzulegen, das man für Eventualfälle der SED-Personalpolitik benutzen kann.

Immerhin wird der Weg zur Krim nicht leicht gemacht. Im Februar meldet das ZK die Reisekandidaten der sowjetischen Hochkommission. Mindestens zwei Monate werden in Moskau die Akten geprüft: Vielleicht ist einer der Urlauber inzwischen amerikanischer Agent geworden, seit es das letzte Mal in Sadak Kaviarbrötchen aß?

Das übliche Mißtrauen

Wenn dann der EMW, Tatra oder SIS auf das Schönefelder Rollfeld gleitet, bittet der Platzoffizier zu einem kleinen Morgenimbiss: „Maschine kommt gleich, kleiner Verspätung!“ Eifige Träger mühlen sich um das Gepäck: „Schlüssel bitte steckenlassen, nur pro forma...“

Man kennt das, es ist jedes Jahr das gleiche. Jeder Koffer wird bis in die Nähte gefilzt, aber ein Staatssekretär soll nicht merken, daß man seine Privatsachen kontrolliert.

Zwei Paßbilder

Von jedem, ob Minister oder Reklamewerkätiger, werden zwei neueste Paßbilder verlangt. Im Urlaubsort stehen Taxameter und Fremdenführer zur Verfügung: „Aus verwaltungstechnischen Gründen bitte nur die angegebenen Wagen benutzen!“ Man sagt, daß in Balaklawa von zwei Stubenmädchen drei MWD-Agentinnen seien. Die Rückreise führt regelmäßig über Moskau. Auf dem Flugplatz Tuschino das gleiche wie in Schönefeld: „Schlüssel bitte im Gepäck lassen, nur pro forma!“ Die Genossen kommen dann von Mai bis August in Russenblusen andenkenbehangen

nach Ostberlin, ab September werden sie in Russenmützen fotografiert.

Im Finanzministerium stöhnen die Funktionäre: „Dafür schicken wir das halbe Ministerium nach Bad Liebenstein und behalten noch was übrig!“ Nur den rund 10 bis 15 Schau-Proletariern und Aktivisten, die das ZK alljährlich aus Propagandagründen in die Gefilde des Krim-Sektes schickt, wird davon nichts erzählt. Sie glauben stolz, Gäste des Sowjetstaates gewesen zu sein.

In Karlsbad ist es realer. Die Urlauber, die fast gleich scharfen Sicherheitsbestimmungen wie die Krim-Fahrer unterliegen, erhalten in Ostberlin so genannte „Handelsschecks“. Was sie ausgeben dürfen, wird ihnen genau gesagt. Die CSR kauft für die Schecks auf der nächsten Leipziger Messe ein.

* Die Preise sind beinahe noch gepfeffter als in der Sowjetunion. Ein Hotelzimmer kommt auf 18 bis 20 Rubel, der auch hier als Verrechnungskurs gilt. Der Snobismus der Prager Funktionäre ist fast noch unleidlicher als die Eitelkeit der Moskauer Behörden-Aristokratie. Wer keine Beziehungen zu Prager Dienststellen hat, kommt sich bald einsam und überflüssig vor.

Die „Großen“ haben aus unerfindlichen Quellen kleine Sonderkonten in Prag. Sie kommen mit ganzen Koffern tschechischer Lederwaren und Bekleidung nach Ostberlin zurück. Die „Kleinen“ suchen einzusparen und kommen stolz mit einem Paar böhmischer Lackstiefel auf dem Ostbahnhof an. Dafür haben sie mindestens zehnmal das Abendbrot nicht auf den Reisescheck gesetzt.

Trotzdem mopst sich jedes Jahr auch der kleine Funktionär, wenn er nach Karlsbad fahren darf. In Bad Liebenstein oder dem Ostsee-Funktionärsbad Kühlungsborn hätte er es vermutlich angenehmer und bequemer gehabt. Aber das Bewußtsein: „Ich war Gast der tschechoslowakischen Volksdemokratie!“ hebt den Genossen höher als ein echtes Urlaubsergnügen.

Rüstungsfachleute für Polen

„Technische Zusammenarbeit“ — Bisher 400 Personen

Berlin (Eigenbericht). Der Austausch von Fachleuten der Rüstungsindustrie zwischen Polen und der Sowjetzone, der bereits seit einiger Zeit im Gange ist, soll in Zukunft verstärkt werden. Seit April 1954 sind etwa 50 polnische Teams mit insgesamt 400 Personen in die Sowjetzone gekommen, während etwa 200 Fachleute der sowjetzonalen Schwerindustrie nach Polen fuhren.

Zweck dieser „technischen Zusammenarbeit“ ist es, die Polen mit den Produktionsmethoden der sowjetzonalen Betriebe bekanntzumachen oder ihnen in Polen selbst bei der Weiterentwicklung ihrer Rüstungsproduktionen zu helfen.

Die Teams bestehen aus Qualitätsarbeitern, Technikern, Führern von Arbeitsbrigaden und Ingenieuren. Es sind ausnahmslos Parteimitglieder, die genau überprüft worden sind.

Polnische Teams besuchten in der Sowjetzone u. a. das Werk „Schwermaschinenbau Ernst Thälmann“ (früher Krupp-Guss) in Magdeburg-Buckau, das Leunawerk, das Edelstahlwerk Döhren, die Maxhütte in Unter-

wellenborn, die Warnowwerft in Warnemünde und die Jenauer Zeiss-Werke.

Langwellensender beantragt

Reiches Programm für die Zone — Redaktion in Westberlin

München (Eigenmeldung). Die Arbeitsgemeinschaft westdeutscher Rundfunkanstalten hat unter gleichberechtigter Beteiligung des Senders Freies Berlin beschlossen, die Bundesregierung zu bitten, daß diese sich bei den Alliierten um die Genehmigung zum Betrieb eines Langwellensenders einsetzen möge. Das kulturelle Programm dieser Station soll durch alle westdeutschen Sender und den SFB gestaltet werden. Für die

politischen Aufgaben und die Nachrichtendienste wird eine Redaktion in Berlin errichtet.

Das Programm des Langwellensenders wird nach der getroffenen Regelung besonders mannigfaltig sein, vor allem im Hinblick auf die Hörer in der Sowjetzone, die über alle kulturellen und politischen Ereignisse im Westen unterrichtet werden sollen. Die Verlegung der politischen Redaktion nach Berlin war seit langem geplant und entspricht der Aufgabe des Senders, sachliche und zuverlässige Informationen für alle deutschen Landesteile zu geben. Der Langwellensender strahlt bereits seit einigen Monaten ein Versuchsprogramm aus, das jedoch nur aus Musik besteht.

SED-Theater

Berlin (dvp). In der kommenden Theatersaison wird in Ostberlin erstmalig ein Theaterstück von A. Matusche inszeniert, das den Titel „Die Dorfstraße“ trägt und sich mit den „Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Menschen nach 1945“ beschäftigt. Der Verfasser erhielt den Auftrag, das Theaterstück abzufassen, von der Kulturabteilung des SED-Zentralkomitees. Die Gesamtrendenz des SED-Theaterstücks läuft darauf hinaus, die Oder-Nieße-Linie erneut als „unantastbar“ und die unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete als „urpolnische Gebiete“ darzustellen.

Die Una Sancta tagte in Berlin

Berlin (Eigenmeldung). „Wir haben kein fertiges Ergebnis vorzulegen, weil wir selbst keine Fertigen sind. Aber die Tagung hat uns enger zusammengeführt.“ Dies sagte Kurt Krüger, der Vorsitzende der Una Sancta in Berlin, auf einer öffentlichen Veranstaltung im Gemeindesaal am Hohenzollernplatz, mit der die erste gesamtdeutsche Tagung der Una Sancta ihren Ausklang fand.

In einem Aufruf an die Christenheit bekannte sich die Una Sancta zu der Einsicht, daß die Forderung Christi nach der Einheit der Christen in Vergangenheit und Gegenwart nicht ernst genug befolgt worden sei. „Wir bekennen, daß die Spaltung der Christenheit unsere menschliche Schuld ist und daß die Botschaft Jesu Christi durch diese Spaltung weithin in der Welt unglaublich geworden ist.“ Der Aufruf schloß mit einem Appell zu Gebet und Arbeit, damit die Gespaltenheit der Christen überwunden werde.

Die Tagung, die unter dem Thema „Die Einheit und Zerrissenheit der Kirche“ stand, zählte etwa 150 ständige Teilnehmer, vor allem Theologen aus beiden Teilen Deutschlands. Für das nächste Jahr ist eine gesamtdeutsche Tagung der Una Sancta auf Burg Rothenfels bei Würzburg geplant.

Die Una Sancta strebe, so sagte Pfarrer Dr. Pinski, Berlin, weder zu einem Interkonfessionalismus noch zur Gründung einer „dritten Konfession“. Es gehe zunächst um das Verstehen der Position des anderen und um deren christliche Einordnung. In voller Erkenntnis aller Schwierigkeiten der Arbeit, die nicht nur auf dogmatischen Unterschieden, sondern allzu oft auch auf Unkenntnis der Ziele und auf Vorurteilen von Seiten der interessierten Christen beruhten, bekannte Propst D. Assmusen (Kiel): „Die Zerrissenheit der Kirche ist unsere Not; es wird eine einheitliche Kirche geben — wir glauben daran!“

Gedenkbibliothek feierlich eröffnet

Über 110 000 Bände — Modernste Bibliothek Europas

Berlin (Eigenbericht). „Diese Gründung beruht auf der unbegrenzten Freiheit des menschlichen Geistes. Denn hier scheuen wir uns nicht, der Wahrheit auf allen Wegen zu folgen und selbst den Irrtum zu dulden, solange Vernunft ihn frei und unbehindert bekämpfen kann.“ Diese eindrucksvollen Worte des früheren amerikanischen Präsidenten Jefferson stehen am Eingang der „Amerika-Gedenkbibliothek“ / Berliner Zentralbibliothek“, die als modernste Bibliothek Europas am Blücherplatz in Berlin-Kreuzberg eröffnet wurde.

In dem imposanten sechsstöckigen Gebäude in unmittelbarer Nähe der Sektorengrenze hatten sich 300 Ehrengäste versammelt sowie der Regierende Bürgermeister Dr. Schreiber, Oberkommissar Botschafter Conant, Vizekanzler Blücher und Vertreter des Bibliothekswesens aus In- und Ausland.

Der Regierende Bürgermeister bezeichnete die Bibliothek, die aus amerikanischen Mitteln in Höhe von 5,4 Millionen DM in zweijähriger Bauzeit errichtet wurde, als ein Zeichen dafür, wie stark die Gemeinschaft und die Verbundenheit zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke ist.

Sichtlich bewegt hielt Dr. Conant in deutscher Sprache eine Ansprache, in der er vor allem an die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit in der Zeit der Blockade erinnerte, deren Gedanken die Bibliothek gewidmet ist.

„Diese Bibliothek soll die Bedeutung Berlins als eines der großen geistigen Widerstandszentren gegen die Unfreiheit dokumentieren.“ Bis zum Tage

der deutschen Wiedervereinigung bliebe es die Aufgabe der gesamten freien Welt, insbesondere der Bundesrepublik und der drei in Westberlin anwesenden Schutzmächte, alles zu tun, um Berlin als dem Symbol der Freiheit Unterstützung auf wirtschaftlichem, militärischem und vor allem geistigem Gebiete zu geben.

Der Direktor der Gedenkbibliothek, Dr. Fritz Moser, betonte, daß gegenwärtig schon

mehr als 110 000 Bände in der Bibliothek vorhanden sind.

Die Gedenkbibliothek/Zentralbibliothek ist sowohl wissenschaftliche Bibliothek als auch Volksbücherei. Man hat versucht, die alte Tradition des deutschen Bibliothekswesens mit den neuen Erkenntnissen amerikanischer Großbüchereien in eine sinnvolle und fortschrittliche Verbindung zu bringen. Der neue Bau besteht aus einem sechsgeschossigen Hauptgebäude, das 68 Meter lang, neun Meter breit und 20 Meter hoch ist. Hieran schließt sich ein einstöckiger Flachbau. Während das Erdgeschoß fast völlig verglast wurde, um den Lesern eine möglichst große natürliche Lichtquelle zu geben, sind die oberen Stockwerke zum Schutz der dort untergebrachten Bücher fast fensterlos. Diese oberen Stockwerke wirken nach außen jedoch keinesfalls eintönig, da der Sandstein gemustert ist.

Festwochen in Berlin eröffnet

Berlin (DPA/AP). In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste wurden mit einer von dem Intendanten Boleslav Barlog geschaffenen Neuinszenierung von Goethes „Faust“ die 4. Berliner Festwochen, die bis zum 5. Oktober dauern, im Schiller-Theater eröffnet.

Sieben Länder, die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich, Japan und die Bundesrepublik sind mit Darbietungen des Theaters, der Oper, des Tanzes, der Musik oder mit Kunstausstellungen beteiligt. Einzelne Künstler kamen außerdem aus der Schweiz, den Nie-

derlanden, Spanien, Schottland und Australien.

In seiner Eröffnungsansprache betonte der Regierende Bürgermeister Dr. Walther Schreiber, es sei sicher, daß auch in diesem Jahre die Festwochen wieder als ein Bekenntnis zu dem unverrückbaren Ziel eines einzigen und freien Deutschlands in der Gemeinschaft der freien Völker empfunden werden würden. „Berlin ist sich bewußt, daß es nicht genug ist, politisch standhaft zu sein und unbeirrt die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit zu vertreten, sondern daß Berlin auch geistige Kraft ausstrahlen muß, weit über das Weichbild unserer Stadt hinaus, als verantwortlicher Zeuge der Kultur und des geistigen Geschehens der freien Welt“, sagte Schreiber.

Volksbildungssenator Tiburtius stellte bei seinen Eröffnungsworten heraus, daß in diesen Tagen die geistigen Leistungen vor allem auch den Bewohnern des Ostsektors nahe gebracht werden.

Staatsbesuch aus London

Zur Eröffnung der Berliner Industrieausstellung am 25. September wird der Londoner Oberbürgermeister Sir Noel Vansittart Bowater nach Berlin kommen. Er wird den Britischen Pavillon eröffnen.

Dieser Besuch ist eine offizielle Staatsvisite, zu der der höchste Würdenträger der City of London mit den gleichen Persönlichkeiten teilnimmt, die ihn bei allen Staatsanlässen begleiten und seine Prozession bilden.

Der Lord Mayor selbst trägt seine traditionelle schwarze,

goldverzierte Staatsrobe, die schwere, goldene Amtskette und den Dreispitz mit Straußfeder.

Unmittelbar hinter dem Lord Mayor und seiner Gemahlin schreiten immer nebeneinander Schwertträger und Zepterträger.

Es folgen die beiden Sheriffs der City of London und hinter diesen der City-Marshal; den Abschluß bilden drei Footmen, Pagen des Lord-Mayors und der Sheriffs.

Das traditionelle Zeremoniell dieses Aufzuges wird man nun zum erstenmal auch in Berlin erleben.

Exil - CDU zur Einheitswahl

Der umerzogene Otto Nuschke

Aus Kreisen der Exil-CDU wird uns zu Otto Nuschkes Kandidatur bei der zweiten Einheitswahl der Sowjetzone der folgende Beitrag zugesandt:

Ein Auftakt zu den Einheitswahlen am 17. Oktober soll der Parteitag der Ost-CDU in Weimar sein, schrieb Otto Nuschke dieser Tage in seiner „Neuen Zeit“. Gewundert hat sich über diese Äußerung niemand mehr. Man weiß: Otto Nuschke ist längst umerzogen zum SED-Sprecher dritten Grades. Er hat auch wohl nichts mehr dagegen einzuwenden, daß dies sogar auf seinem Parteitag in Weimar dokumentiert wird: In der Ein-

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzutellen.

gangshalle hängt sein Bild zwischen den Konterfeis von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, dem roten Dekan von Canterbury und dem Vater des Atomspions Fuchs.

Gäbe es keine Einheitswahl, könnte Otto Nuschke genau so wenig wie seine SED-Vorgesetzten darauf hoffen, freiwillige Wählerstimmen zu erringen. Er wird also weiter auf seinem Ministerstuhl hocken, von den Mitgliedern seiner Partei gehäst, von den Kommunisten verächtlich belächelt: Ein Mann, der sein Gesicht verlor.

Die Beispiele für Otto Nuschkes plötzliche Anfälle von Gesinnungswandel mit Linkssrall sind zahllos. Es begann mit dem Volkskongreß Ende 1947. Damals war er einer der Verfasser des CDU-Aufrufs, in dem die noch aufrecht gegen die Bolschewisierung der Zone kämpfende Partei ihre Mitwirkung an die-

sem Vorläufer-Parlament der Volkskammer verweigerte. Wenige Tage später ließ dieselbe Otto Nuschke sich ins Präsidentium dieses zweifelhaften Greimuns wählen!

Als sich am 7. Oktober 1949 der dritte Volkskongreß selbst zur „provisorischen Volkskammer“ ernannte, und die Wahlen auf den Oktober 1950 verschoben wurden, gab der neue stellvertretende Ministerpräsident Nuschke den Mitgliedern der Ost-CDU und der Öffentlichkeit die feierliche Versicherung, es bestehe kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß diese Wahlen nicht völlig demokratisch mit getrennten Listen durchgeführt würden. Eine Einheitsliste komme nicht in Frage.

An zahlreiche ehrliche Parteifreunde, die in tiefer Sorge zu ihm kamen, verpfändete er ausdrücklich sein Wort: „Ich stehe und falle mit der Durchführung

demokratischer Wahlen ohne Einheitsliste!“

Das war 1949. Jetzt läßt sich Nuschke schon zum zweitenmal auf Einheitsliste wählen. Aber war er damals sagte, hat sich bewahrheitet, wenn auch anders, als Nuschke meinte. Er ist zwar nicht abgetreten, wie er versprach. Er steht noch auf dem roten Podium von Pankow. Als Politiker und als Mensch ist er jedoch gefallen. Er hat kein Ehrenwort mehr, das er verpfänden könnte — und darum verzichten wir auch darauf, ihn selbst an sein Versprechen von damals zu erinnern.

Nur die Bewohner der Zone, die im Oktober wieder in die Einheits-Wahllokale getrieben werden, werden vielleicht noch einmal bitter an die Wandlungen des umerzogenen Herrn Nuschke denken, der sich nicht schämt, wieder auf Einheitsliste zu kandidieren.

Das Wahlergebnis vor der Wahl

Die Einheitswahlen in der Sowjetzone und Ostberlin finden zwar erst am 17. Oktober statt, aber das Wahlergebnis ist bereits am 12. September festgelegt worden. An diesem Tage wurden dem Innenminister Stoph die Wahlvorschläge, also die Einheitsliste, vorgelegt. Sie sind endgültig, nichts kann daran geändert werden.

Daß an einer solchen „Wahl“ niemand Interesse haben kann, ist klar. So klagt die SED-Presse denn auch über die geringe Beteiligung an Wahlversammlungen und Aussprachabenden.

Aber auch die Bezirkskandidaten und Volkskammerkandidaten haben keine Neigung, auf Versammlungen zur „großen Rechenschaftslegung“ zu erscheinen. Die Funktionäre machen es sich bequem und schicken ihre Sekretäre in die Betriebe und Dörfer. Im Kreis Schmölln haben sich z. B. von 40 Kreistagsabgeordneten erst vier an der Rechenschaftslegung

beteiligt. Den Vogel hat ein Volkskammerabgeordneter in Neubrandenburg abgeschossen, den in seinem Wahlkreis überhaupt kein Mensch kennt.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird ver sandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.